

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

12.3.1921 (No. 60)

Expedition: Karlsruher Zeitung, StraÙe Nr. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur: C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braunische Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 1mal gesaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Telegramme frei. Bei Wiederholungen taffester Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbelegung, drucktechnischer Verbesserung und Konstruktionsarbeiten fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder von anderer unvorhergesehener Ursache hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen.

Amtlicher Teil.

Verschleppung in die Fremdenlegion.

In der letzten Zeit sind an amtlichen Stellen von verschiedenen Seiten Mitteilungen gelangt, wonach junge Leute unter der Vorspiegelung, es solle ihnen im französischen Wiederaufbaugelände lohnende Arbeit verschafft werden, in die Fremdenlegion verschleppt worden sind.

Es kann nicht dringlich genug darauf gewarnt werden, solchen Einflüsterungen Gehör zu schenken. In der Frage der unmittelbaren Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hat sich die französische Regierung bisher bekanntlich ablehnend verhalten. Es ist daher auch bis jetzt der Einrichtung amtlicher Arbeitsnachweise für diesen Wiederaufbau nicht näher getreten worden. Sollten deutsche Arbeiter wirklich schon jetzt in das Wiederaufbaugelände ausgemandert sein und dort Beschäftigung gefunden haben, so kann es sich nur um Einzelfälle handeln.

Bezirkswirtschaftsräte und politische Vereinigung.

N.-S. Karlsruhe, 11. März.

Die schwere außenpolitische Krise, die unser Vaterland seit den Tagen der Pariser Konferenz, also seit Ende Januar, durchzumachen hat, hat das öffentliche Interesse in einer so tiefgehenden Weise in Anspruch genommen, daß darüber die Erörterung manch einer bedeutsamen, innerpolitischen Frage ganz außer Acht geblieben ist. Das gilt z. B. für Baden, soweit die Erörterung der Frage der Bezirkswirtschaftsräte in Betracht kommt.

Im badischen Ministerium des Innern hat nämlich vor kurzem eine Besprechung stattgefunden, die sich programmäßig mit dieser Frage zu beschäftigen hatte, und die mit ihren Ergebnissen auch über Badens Grenzen hinaus Beachtung verdient. Ist es doch auch für andere Gebiete des Reiches wichtig, zu wissen, wie man bei uns im Südwesten über die ganze Frage, ihre besonderen Problemstellungen und ihre begründeten Ausichten denkt. Eine solche Aufmerksamkeit erscheint um so begründeter, als eben die ganze Materie sich noch in Fluß befindet, und erst langsam die nötigen Unterlagen für eine gesetzliche Formulierung gesucht werden.

Eine bestimmte Resolution, die zu der Frage selbst und ihren Einzelproblemen Stellung nimmt, ist in der Sitzung, zu der die namhaftesten Vertreter der wirtschaftlich interessierten Kreise unseres Landes geladen waren, nicht gefaßt worden. Der Minister des Innern hat sich jedoch bereit erklärt, den Reichswirtschaftsrat über die Verhandlungen selbst zu informieren, und mit den Regierungen von Württemberg und Bayern eine Verständigung in der Frage herbeizuführen. Ferner soll durch das Ministerium des Innern ein Ausschuß gebildet werden, der die ganze Angelegenheit weiter verfolgt.

Das Bemerkenswerte der Sitzung ist also in dem Verlauf der Verhandlungen selbst, in den dort zulage getretenen Auffassungen und Reden zu suchen. Was hierbei die Stellung der badischen Regierung anlangt, so hat der Minister des Innern, Adam Remmels, auf dessen Initiative die Einberufung der Konferenz zurückzuführen ist, sich mit der in diesem Falle einzig gebotenen Vorsicht zu der ganzen Frage geäußert. Er erblickt in der Frage selbst in erster Linie eine Angelegenheit des Reiches und hält es für die Pflicht der einzelnen Landesregierungen, zunächst nur dort mit einer bestimmten eigenen Politik einzugreifen, wo gewichtige Interessen des Landes berührt werden sollten, oder wo die etwa geplante Regelung der Stimmung in der Bevölkerung zuwiderläuft.

Von diesem Standpunkt aus hat der badische Minister des Innern auch die Frage der politischen Vereinigung gemisser Länder besprochen. Er ist der Meinung, daß letzten Endes derjenige, der für eine möglichst weite regionale Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche eintritt, in der Konsequenz seines Handelns bemüht oder unbewußt die politische Vereinigung der in diese Wirtschaftsgrenzen fallenden Länder im Auge hat. Da eine solche Konsequenz verbunden sein muß mit sehr lebhaften Diskussionen, die nicht nur für die Politik des Landes, sondern auch für eine gedeihliche Entwicklung der

Bezirkswirtschaftsräte mancherlei Gefahren in sich bergen, hat der Minister doppelt und dreifach Recht, wenn er und mit ihm die Regierung mit Zurückhaltung an die Frage oder doch zum mindesten an diese Seite der Frage herontritt.

Was zumal die Frage einer Vereinigung von Baden und Württemberg betrifft, so soll nach Ansicht der Regierung und der regierenden Koalitionsparteien überhaupt erst dann an die Erörterung dieser Angelegenheit herangegangen werden, wenn sie Gegenstand der Behandlung in allen politischen Parteien des Landes gewesen ist; sie dürfe nicht zur Parteisache werden. Der Minister hat sie geradezu gekennzeichnet als eine jener Fragen, bei denen das Volksempfinden mitzusprechen hat, und die im Volke selbst erst reif werden müssen, ehe sie von den öffentlichen Organen behandelt werden.

Man wird diesem Standpunkt des Ministers durchaus beipflichten dürfen. Auch heute gilt — teilweise sogar mit noch stärkerem Gewicht — das von uns vor einigen Wochen an dieser Stelle Gesagte, daß nämlich die große Mehrheit der badischen Bevölkerung entweder von einer solchen Vereinigung nichts wissen will oder doch dieser ganzen Frage überaus kühl gegenübersteht. U. es ist bezeichnend, daß dieser Tage eines der badischen Blätter, die bisher am lebhaftesten für die Vereinigungsidee eingetreten sind, der „Pforzheimer Anzeiger“ zugegeben hat, daß die ganze Frage in der Tat noch nicht geklärt sei, und daß der Anschlußgedanke im letzten Jahre keine merklichen Fortschritte gemacht habe; dafür habe sich das „badische Nationalgefühl“ gestärkt, und es lasse sich nicht bestreiten, daß man von einem badischen Wesen im Gegensatz zur württembergischen Art reden könne. Die Verschmelzung erscheine also als eine Frage noch fernem Zukunft. Es wäre zu begrüßen, wenn diese Erkenntnis des genannten Blattes auch auf die wenigen anderen Organe des Landes abfärbte, die heute noch für eine Vereinigung schwärmen.

Daß bei alledem nicht etwa die wirtschaftliche Vereinigung oder — besser gesagt — der wirtschaftliche Zusammenschluß perforektiert wird, hat die Sitzung klar erwiesen, so u. a. durch eine von großindustrieller Seite gefallene Äußerung, nach welcher die badische Industrie einen wirtschaftlichen Zusammenschluß Badens mit der Pfalz einem solchen mit Württemberg vorziehen werde. Falls aber eine Einteilung des Reiches in einige, wenige große Bezirke erfolge, so sei gegen einen wirtschaftlichen Zusammenschluß von Baden, Pfalz, Württemberg, Südbayern und Hohenzollern nichts einzuwenden.

Wir glauben kaum, daß diese Auffassung bei der Mehrheit der badischen Bevölkerung auf besonderen Widerstand stoßen würde. Jedenfalls zeigt aber auch sie, daß die Frage einer wirtschaftlichen oder gar politischen Vereinigung von Baden und Württemberg allein aussichtslos ist und am besten aus der Diskussion verschwinden sollte.

Gegen eine gewissermaßen akute Gefahr für das badische Land hat der badische Minister des Innern mit ungewohnter Entschiedenheit Stellung genommen. Es handelt sich dabei um jene von Frankfurt am Main ausgehenden Bestrebungen, nach welchen ein Bezirkswirtschaftsrat aus dem Frankfurter Industriegebiet, Oesen-Rassau, Hessen, Rheinpfalz und Unterbaden gebildet werden sollte. Baden würde dabei wirtschaftsorganisatorisch in zwei Teile zersplittern.

Es ist ohne weiteres verständlich, daß der Minister sich in einer offiziellen Erklärung gegen diese Bestrebungen gewandt hat. „Die badische Regierung wird nicht dulden können und wird dagegen den größten Widerstand aufbieten, daß etwa diese Pläne eine Verwirklichung finden“. Es ist klar, daß, wenn sich die Zentralstelle in Frankfurt befindet — und so ist die Sache gedacht —, dann die weitabgelegenen Teile des Bezirkes, insbesondere die gegen die Reichsgrenze zu gelegenen, nicht mehr dieselben Interessenvertretung finden können, wie wenn der Sitz und die Männer des Bezirkswirtschaftsrates wirtschaftlich und politisch verflochten sind mit dem aktiven Leben des Landes selbst. Die Frage der Bildung eines Bezirkswirtschaftsrates unter dem Einflusse Frankfurts ist also für die badische Regierung undiskutabel. (Neuerdings scheinen die Frankfurter übrigens ihren Standpunkt einer Revision unterziehen zu wollen.)

Im übrigen hat Minister Remmels nicht geögert, auf die grundsätzlichen Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die sich bei der Abgrenzung der Befugnisse und des Aufgabenkreises der Bezirkswirtschaftsräte mit Naturnotwendigkeit ergeben müssen. Und man darf nach

dem Verlauf der Sitzung wohl behaupten, daß die Gefahren, die in einer Übertragung weitgehender Verwaltungsbefugnisse auf den Bezirkswirtschaftsrat erblickt werden müssen, auch durchaus anerkannt worden sind.

Mit allem Nachdruck ist unter anderem darauf hingewiesen worden, wie leicht die Bildung von in sich abgeschlossenen, mit besonderen Verwaltungsbefugnissen ausgestatteten Wirtschaftsprövinzen die Einheit des Reiches in Frage stellen könne. Von diesem Standpunkt aus ist im Gegensatz zu jener Auffassung, die den Bezirkswirtschaftsräten bedeutungsvolle Vollmachten übertragen will, betont worden, daß nur eine ausschließlich beratende Tätigkeit der Bezirkswirtschaftsräte ernsthaft in Betracht kommen könne.

Ist also die Frage in der Sitzung auch nicht zu einem resolutionsmäßigen Beschluß gebracht worden, so hat die Besprechung doch in außerordentlich dankenswerter Weise wesentlich zur Klärung beigetragen und bedeutungsvolle Winke gegeben, die wahrscheinlich auch in den übrigen Gebieten des Reiches nicht unbeachtet bleiben werden.

Politische Neuigkeiten.

Sofortiges Inkrafttreten der Sanktionen.

Die Londoner Konferenz der Alliierten, die vorgestern tagte, hat nunmehr laut A. N. die Frage der wirtschaftlichen Sanktionen geregelt. Sie treten sofort in Kraft, aber nicht, ohne daß der französische Ministerpräsident eine feierliche Erklärung darüber hat abgeben müssen, daß Frankreich nicht an Annexionen am Rhein denke. (Welcher Wert dieser Erklärung beizumessen ist, wurde schon in unserm gestrigen Leitartikel dargelegt. Vgl.) Es verdankt dies den Artiteln der französischen nationalistischen Presse, die Lloyd George und die öffentliche Meinung in England in Harnisch gebracht haben. Die Regelung der wirtschaftlichen Sanktionen ist dahin erfolgt, daß über die Anwendung der Beschlagnahme eines Teils des deutschen Handelsgutes in den alliierten Ländern zu handeln ist. Man hatte zuerst von 50 Prozent gesprochen, nunmehr ist es jeder alliierten Macht freigestellt, die Höhe selbst zu bestimmen. Italien, Belgien und Japan zeigen keinerlei Neigung für diese Abgabe, auch Frankreich wird wohl kaum zu einer Beschlagnahme von 50 Prozent gehen. Mit dieser Lage hängen zahlreiche Probleme zusammen und müssen geregelt werden. Es wurde zudem bestimmt, daß eine Ware, die im Rohzustande von Deutschland nach der Schweiz befördert werde, um in der Schweiz industriell bearbeitet zu werden, nachher in den alliierten Ländern als deutsche Ware anzusehen ist, wenn der in der Schweiz erreichte Mehrwert weniger als 35 Prozent ihres Gesamtwertes beträgt. Was die Verteilung der von den einzelnen Staaten erhobenen Taxe auf das gemeinsame Konto anlangt, so bleibt man vorläufig bei dem Abkommen von Spa, das bestimmt, daß bis zum 1. Mai jeder Staat für sich behalten soll, was er von Deutschland erhalten hat. Die zweite wirtschaftliche Strafmaßnahme, die Beschlagnahme der deutschen Pölle am Rhein und die Errichtung einer Zollgrenze auf dem Rhein, tritt ebenfalls sofort in Kraft. Der alliierte Oberkommissar Livard hat diesbezügliche Instruktionen erhalten. Es wurde auch beschlossen, daß sowohl die wirtschaftlichen wie auch die militärischen Sanktionen so lange ausgeführt werden, als mit Deutschland keine befriedigende Abmachung nicht nur über die Reparation, sondern auch über die Entwaffnung und Bestrafung der Kriegsverbrecher getroffen ist.

Deutscher Reichstag.

Im Reichstag kam es gestern anläßlich der Beratung des Niederer-Abfindungsvertrags zu einem unerhödeten, durch die Kommunisten hervorgerufenen Skandal. Der jugendliche Kommunist Höllein wurde vom Präsidenten zunächst zur Ordnung, sodann zweimal zur Sache gerufen, kümmerte sich jedoch nicht darum, so daß der Präsident die Frage an das Haus richtete, ob es den Redner weiter anhören wolle. Als darauf der Ruf „Nein!“ ertönte, entzog Vizepräsident Well dem Redner das Wort. Höllein weigerte sich indes, worauf der Präsident die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrach. Nach Wiedereröffnung der Sitzung nahm Höllein wiederum Platz auf der Rednertribüne und weigerte sich, dem Abg. Schumann (Soz.), dem das Wort erteilt war, Platz zu machen. Es kam zu stürmischen Szenen zwischen den kommunistischen Rednern und der Mehrheit. Die Kommunisten riefen dem Vizepräsidenten Schimpfworte zu. Abg. Höllein forderte den Vizepräsidenten höhnisch auf, doch den Lautmann und 10 Mann herzurufen. Schließlich unterbrach der Vizepräsident die Sitzung nochmals auf eine halbe Stunde. In der neuen Sitzung teilte Präsident Loebe mit, daß der Ältestenausschuß in der Zwischenzeit in seiner großen Mehrheit die Unparteilichkeit des Dr. Well anerkannt habe.

Darauf werden die Verhandlungen fortgesetzt. Nach kurzen Ausführungen der Abg. Schumann (Soz.), Henke (Unabh.) und Hoch (Soz.) wurde Artikel 1 gegen die Kommunisten und Unabhängigen angenommen, desgleichen der Vertrag in zweiter Lesung. Das Haus vertagte sich sodann auf Samstag 10 Uhr. Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Verhandlungen in London.

Mit einer Beilage: 27. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die neuen Einkommensteuersätze.

Der Steueranschuß des Reichstags, der sich gegenwärtig mit der von der Regierung vorgelegten Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz beschäftigt, hat gestern eine neue Steuerstala beschlossen, die dem neu aufgenommenen Gedanken Rechnung trägt, den bisherigen provisorischen Steuerabzug an Löhnen und Gehältern durch eine definitive Lohnsteuer zu ersetzen, daneben aber auch eine vollständig neue Stala der Reichseinkommensteuer bringt. Nach den Beschlüssen der Kommission sollen an die Stelle der im § 21 des R.-E.-St.-G. vom 29. März 1920 vorgesehenen 51 Staffeln nur noch 9 treten, beginnend mit 10 Prozent für Einkommen bis 24 000 Mark und steigend auf 20 Prozent für die folgenden 6000 Mark, 30, 35 und 40 Prozent für je weitere 5000 Mark, 45 Prozent für weitere angefangene oder volle 70 000 Mark, 50 Prozent für die folgenden 80 000, 55 Prozent für die folgenden 200 000 Mark und für Beträge darüber hinaus 60 Prozent.

Die nachfolgende Gegenüberstellung der „Eink. St.“ zeigt vergleichend die Wirkungen der bisherigen und der neu vorgeschlagenen Besteuerungssätze:

Steuerbares Einkommen Mk.	bisher		künftig		Differenz	
	Mk.	% d. Eink.	Mk.	% d. Eink.	Mk.	%
24 000	4 960	20,67	2 400	10,—	-2 560	10,67
30 000	6 770	22,57	3 600	12,—	-3 170	10,57
35 000	8 370	23,91	5 100	14,56	-3 270	9,35
40 000	10 050	25,12	6 850	17,12	-3 200	8,00
45 000	11 800	26,22	8 850	19,67	-2 950	6,55
50 000	13 000	27,20	11 100	22,20	-2 500	6,00
75 000	23 350	31,13	22 350	29,80	-1 000	1,33
100 000	34 300	34,30	33 600	33,60	- 700	0,70
150 000	58 300	38,87	57 850	38,57	- 450	0,00
200 000	83 900	41,95	83 100	41,50	- 800	0,45
300 000	138 000	46,00	138 100	46,08	+ 100	0,03
400 000	194 500	48,62	193 350	48,34	- 1 150	0,28
500 000	253 000	50,60	253 350	50,67	+ 350	0,07
1 000 000	553 000	55,30	553 350	55,34	+ 350	0,04
2 000 000	1 153 000	57,65	1 153 350	57,67	+ 350	0,02
6 000 000	3 553 000	59,22	3 553 350	59,22	+ 350	0,00

Die Entlastung nach den Kommissionsvorschlägen tritt am stärksten bei den Einkommen bis etwa 45 000 Mark zutage. Sie bewegt sich zwischen 2560 und 3270 Mark. Dabei bleibt zu beachten, daß in der errechneten Steuerleistung die Freilassung des Existenzminimums noch nicht einbezogen ist. Für die Steuerjahre 1920 und 21 schlägt die Vorlage Erhöhung des steuerfreien Einkommens jeder zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehörenden Person (§ 20 Abs. 2 des R.-E.-St.-G.) von bisher 500 auf 1000 Mark vor. Die Kommission will der Vereinfachung halber für jede dieser Personen einschl. des Steuerpflichtigen selber einen Betrag von 120 M. an der Steuerleistung zulassen. Danach würden für eine Familie von 5 Köpfen (Vater, Mutter und drei Kinder) einmal 120 Mark = 600 Mark von der Steuer abgesehen sein, so daß ein steuerbares Einkommen von 24 000 Mark die in vorstehender Tabelle verzeichneten 2400—600=1800 Mark an Reichseinkommensteuer zu zahlen hätte. Eine weitere steuerliche Erleichterung würde eintreten, wenn die kommunale Besteuerung des reichsteuerfreien Existenzminimums künftig wegfällt sollte, was nach der bisherigen Meinungsäußerung der Kommission sehr wahrscheinlich sein dürfte.

Ob mit der von der Kommission vorgeschlagenen Neuregelung bereits das letzte Wort gesprochen ist u. nicht im Plebiscitum Anträge kommen werden, die die jetzige Stala durch eine Degression des Mindeststeuerjahres von 10 Prozent für die Einkommen von 24 000 Mark abwärts zu korrigieren suchen, bleibt zum mindesten fraglich.

Eine Sympathiekundgebung in Osterreich.

Zu Beginn der Donnerstagssitzung des Nationalrats sagte Präsident Weiskirchner u. a.: Die in den letzten Tagen aus London und Berlin eingegangenen Nachrichten haben uns tief erschüttert, denn sie enthalten eine schwere Verschärfung der wirtschaftlichen Weltkrise und der mit ihr zusammenhängenden sozialen Kämpfe. Es gibt niemanden unter uns, der nicht den bestimmten Eindruck hätte, daß das deutsche Volk im vollen Ernst und in aller Aufrichtigkeit sich entschlossen habe, seinen Vertragsverpflichtungen nachzukommen und zur Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Welt bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit beizutragen. Es ist ein Verhängnis und ein unermeßliches Unglück nicht allein für Deutschland, sondern für die ganze Welt, daß dieser gute Wille des deutschen Volkes in London nicht anerkannt, und daß das Mißtrauen und die Vorurteile noch nicht überwunden

Landestheater.

„Martha.“

In der gestrigen Wiederholung des Hottelerschen Werkes gab es unerwarteterweise drei Gäste statt des angekündigten einen. Der letztere war Herr Wilhelm Rentwig vom Stadttheater in Gießen, der sich in der Partie des Rhonel um Anstellung als lyrischer Tenor an unserer Bühne bewarb. Er hat ein schönes, wenn auch noch wenig ausgeglichenes und beherrschtes Stimmaterial. Sein Tonansatz ist weich und rund, die Klangfärbung sympathisch, warm aber durchaus tenoral, doch lassen Atemtechnik und dynamische Nuancierung, hier und da auch die Trefflichkeit, zu wünschen übrig. Einzelne dieser Unausgeglichheiten mögen auf begreifliche Revidität zurückzuführen sein, da Herr Rentwig, wie auch aus seinem Spiel zu ersehen war, noch wenig Bühnenpraxis besitzt; im großen Ganzen scheint der Künstler in seiner gefangenen Durchbildung kaum aus dem Größten heraus zu sein. Ein Engagement auf die Hoffnung hin, daß er das Fehlende in Wälde nachhole, sollte meines Erachtens trotz des ungewissen schönen Materials und des sichtlichsten Talents des Künstlers zum mindesten noch von einem zweiten Probeauftritt abhängig gemacht werden.

Für Frau von Ernst sang Irene Eden vom Nationaltheater in Mannheim die Aelpartie. Es war ein Genuß, dieser feinen, glühenden, technisch ganz ausgezeichnet durchgebildeten Sopranstimme zu lauschen und das prachtvoll mit dieser vorbildlichen gefangenen Leistung harmonisierende, jugendlich amulige, belebte Spiel der Künstlerin in den feinsten Szenen zu bewundern; schade, daß der Eindruck ihrer Darstellung durch eine gewisse Ausdruckslosigkeit des Mienspiels in der großen dramatischen Hauptrolle mit Rhonel etwas beeinträchtigt wurde. Als Ranch hieß für Frau Josef-Lomshild Frau Agnes Herrmann in dankenswerter Hilfsbereitschaft aus. Man muß immer wieder die Frage erheben, warum für Aufgaben dieser Art nicht endlich jüngere Kräfte des eigenen Ensembles herangezogen werden. E. K. f.

worden sind zur tiefsten Trauer aller wirklichen Friedensfreunde. Wir haben einer Einladung der englischen Regierung Folge geleistet, die eine Gelegenheit geben will, unsere Lage in mündlicher Erörterung darzulegen und die Mittel für die Erleichterung unserer Angelegenheiten durchzusprechen. Wir wären der Sympathie der ehemaligen Feinde, die sich in diesem Vorgang ausdrückt, und wir wären ihrer Achtung nicht wert, wenn wir den Dank für die uns zugebende Hilfe in der Kränze verräterischen Schweigens erhoffen wollten. Mit der Rundgebung brüderlicher Teilnahme für unsere schwergeprüften Volksgenossen verbinde ich die Hoffnung, daß doch noch ein Weg zu einem Einverständnis zwischen Deutschland und der Entente gefunden werden wird.

Kurze polit. Nachrichten.

• Eine neue englische Sitte. Englische Blätter leisten sich die öffentliche Feststellung, daß die Kosten des Aufenthalts der deutschen Delegation im Savoyehotel, wo sie Gast der englischen Regierung war, 2400 Pfund Sterling betragen. „Gentlemanlike“ ist eine solche Veröffentlichung nicht.

Badische Uebersicht.

• Badische Wochenrückblicke.

Ein bemerkenswerter Urteilspruch.

Vor der Strafammer I des Landgerichts Karlsruhe hat kürzlich ein Prozeß stattgefunden, der deswegen besonderes Interesse verdient, weil es sich dabei um die Abmündung einer der neuerdings geradezu typisch gewordenen Verleumdungen des Reichspräsidenten und der Minister im Reich und in den Ländern handelte und weil sich das Gericht auf den Standpunkt stellte, daß für Verleumdungen dieser Art nur eine Gefängnisstrafe am Platze sei. Der Angeklagte, Maschinenist Herlan aus Karlsruhe, hatte in einem Arbeitsraum behauptet, der Reichspräsident sei bei seinen Besuchen in Karlsruhe und Baden-Baden betrunken gewesen, und die sozialdemokratischen Minister der badischen Regierung hätten sich nur die Taschen, um dann wieder abzutreten. Vor Gericht indieser er dann naturgemäß zusammen und suchte sich darauf hinauszuwerden, daß er nur Gehörtes wiedergegeben habe. Auf diese Ausflucht ging das Gericht jedoch nicht ein, sondern beurteilte den Angeklagten zu zwei Wochen Gefängnis sowie zur Ertragung der Kosten einschl. der Kosten der Nebenkläger, wobei es noch berücksichtigte, daß Herlan bisher nicht vorbestraft war und die beleidigenden Äußerungen im kleinen Kreise getan hat. Diese Strafe erscheint keineswegs als zu hoch bemessen. Es ist im Gegenteil an der Zeit, daß den Maßstäben bedenklicher Geschlechts, vor allem aber den Gehäpften, die das Recht der freien Meinungsäußerung als einen Freibrief für Verleumdung und Verleumdung ansehen, das Handwerk gelegt wird. Ist es doch in manchen Kreisen geradezu zum Sport geworden, Persönlichkeiten, die auf Grund des Vertrauens des vom Volke selbst gewählten Parlaments zur Führung der Staatsgeschäfte berufen wurden und deren Charakter und Fähigkeiten von niemand angezweifelt werden können, durch geistlose Witzspiele und unflätige Anspielungen in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen. Die irdischen und höflichen Schwärmer haben wohl nie darüber nachgedacht, welche schlechte Zeugnis sie ihrer Erziehung und ihrer Intelligenz damit ausstellen. Ein paar Wochen stiller Abgeschiedenheit im Gefängnis würden manchen dieser moralischen Giftmischer, für die ein Minister zum Fremdwort wird, nur weil er einer anderen politischen Richtung angehört oder seine Kenntnisse und seine Fähigkeiten nicht auf dem früher üblichen Examenweg, sondern durch praktische Leistungen nachgewiesen hat, die nötige Waage zur inneren Einkehr verschaffen können.

Ein elektrisches Großkraftwerk in Mannheim.

Die Befehle der Saargruben, die ungeheuren zwingenden Kohlenlieferungen an die Entente, die gewaltige Steigerung der Förderungs- und Transportkosten und die durch Auslieferung großer Mengen Eisenbahnmaterial verursachte Herabsetzung der Leistungsfähigkeit unserer Eisenbahnen zwingen Staat, Gemeinden und Industrie in steigendem Maße zur Beschaffung ausreichender Ersatzes für die Kohlenmengen, deren Ausfall unser Wirtschaftsleben lähmend droht. Die nächstliegende Möglichkeit der Erschließung neuer Energiequellen liegt in der Ausnutzung aller vorhandenen Wasserkraft zur Gewinnung elektrischer Kraft. Speziell in Baden ist in dieser Hinsicht schon Bedeutendes geleistet.

es sei nur des Wurzwerks und der Kraftwerke am Oberrhein gedacht — beziehungsweise in Aussicht genommen worden; wir erinnern an den weiteren Ausbau des erstgenannten Werkes sowie an den verschiedenen Projekten, wie das der Kraftgewinnung aus dem Neckarthal und die Zusammenfassung der Wasserkraft des südlichen Schwarzwalds, über die an dieser Stelle schon früher berichtet wurde.

Daneben richten sich die Bestrebungen der Techniker auch auf die intensivere Ausbeutung der verfügbaren Kohlenmengen zur Erzielung des größtmöglichen Rubreffektes. Eine solche rationelle Kohlenverwertung ist am leichtesten in ganz großen Kraftwerken zu erreichen. Der Erfahrungssatz, daß die Gewinnung an nutzbarer Energie pro Kilogramm verfeuerteter Kohle um so größer wird, je größere Maschinen- und Kessel-einheiten in der Anlage zur Verwendung kommen, hat, wie der Mannheimer Stadterordnete Dr. Wittjak kürzlich in zwei lehrreichen Vorträgen des „Mannh. Generalanlegers“ des näheren ausgeführt, dahin geführt, daß im Laufe der letzten Jahre zwecks Erreichung von Kohlenersparnis immer mehr kleinere Kraftanlagen teils freiwillig, teils zwingungsweise (durch Entziehung von Kohle) ausgeschaltet und durch größere Kraftwerke ersetzt wurden, und heute geht man aus den gleichen Erwägungen dazu über, auch mittelgroße Kraftwerke (wie z. B. das Mannheimer Elektrizitätswerk mit einer Gesamtleistung von etwa 12 000 Kw. ein solches darstellt) eines zusammenhängenden größeren Landgebietes bezant zu vereinigen, daß man mehrere getrennte Werke durch ein einziges sog. Großkraftwerk, mit möglichst großen Maschineneinheiten ersetzt, wobei alsdann die Einzelwerke entweder ganz stillgelegt oder als Reservewerke (zu Spitzenleistungen) noch herangezogen werden. Diese Art der Energiekonzentration in wenigen Großkraftwerken aus Gründen einer rationellen Kohlenwirtschaft ist als einer der leitenden Gesichtspunkte für die Kohlenwirtschaft Deutschlands vom Reichskohlenrat aufgestellt, und es besteht weiterhin das Bestreben, das ganze deutsche Reich in einzelne wirtschaftlich größere Versorgungsgebiete zu zerlegen, die dann von den einzelnen Großkraftwerken möglichst weitgehend mit elektrischer Energie beliefert werden sollen.

Die Errichtung eines solchen Großkraftwerkes ist nun auch für Mannheim geplant und zwar unter tätiger Mitwirkung der Stadtgemeinde als Zusammenfassung und Erweiterung der drei Elektrizitätswerke in Mannheim, Rheinau und Ludwigshafen. Das Projekt, zu dem auch der Stadtrat eine freundliche Stellung einnimmt, sieht vor, daß die Erzeugung des Stromes in den bisherigen Einzelwerken eingestellt und in einem modernen eingerichteten Werk zentralisiert wird, während der Strombetrieb, also die Festhaltung der Preise und der Verkauf des Stromes an die Verbraucher, nach wie vor als reiner Regiebetrieb bei den Einzelwerken, demnach auch bei der Stadt für ihr Werk verbleiben würde. Eine endgültige Stellungnahme hat sich der Stadtrat noch vorbehalten. Die Entscheidung wird vermutlich von den inoffiziellen eingeleiteten Kommissionsverhandlungen, sowie von der Prüfung des Voranschlags und der Reinertragsberechnung abhängen. Im Verwaltungsrat des städtischen Elektrizitätswerkes sind die technischen und wirtschaftlichen Vorfragen sehr eingehend erörtert worden und zwar mit dem Resultat, daß die Zweckmäßigkeit der geplanten Anlage für die Stadt selbst und für die Mannheimer Industrie fast einstimmig anerkannt wurde. Die Gründe, die zugunsten des Projektes ins Feld geführt wurden, erscheinen in der Tat sehr gewichtig. Es leuchtet ein, daß die Waage für das Werk eine wesentlich größere sein würde, als jene für die Errichtung der Redaktionsanlieferung. Und ebenso wahrscheinlich ist es, daß der Strombedarf in den nächsten Jahren ständig wachsen wird, so daß auch nach dem Ausbau der Redaktionskraftanlagen sowie der übrigen badischen Werke noch mit zunehmender Stromabnahme zu rechnen ist. Der dringend notwendigen Vermehrung und Beschleunigung der deutschen Gütererzeugung würde die Verwirklichung des Projektes jedenfalls in hohem Maße zustatten kommen.

Die Kindererholungsfürsorge in Baden.

Zu den Dauerlasten, die der Krieg und das unumgängliche Hauptkämpfmittel der Entente, die Hungerelende, und aufzuheben, gehören die Aufwendungen, die Staat, Gemeinden und Caritas noch auf Jahre hinaus zu machen haben werden, um die furchtbaren Folgen der jahrelangen Unterernährung unserer Kinder wenigstens zu einem Teile wieder zu beseitigen. So groß aber die Ausgaben für diesen Zweck auch sein mögen — sie müssen doch getragen werden, da die Gesundheit des heranwachsenden Geschlechts wohl die unerlässliche Vorbedingung für den künftigen Wiederaufbau Deutschlands ist.

Die Sonderausstellungen der Badischen Kunsthalle.

Von Dr. R. Reinhart.

Weniger als je hat heutzutage ein staatliches Kunstmuseum die Aufgabe, durch Veranstaltung von Ausstellungen ein tätiges Leben zu führen. Der Kunstbesitz eines Staates gehört zu dessen wertvollstem festen Besitz, und es ist eine kulturelle Notwendigkeit, diesen Besitz ständig in lebendiger Führung mit der Öffentlichkeit zu halten. Dies geschieht einerseits durch die Darbietung in mu. alex. Form, wie sie in glücklicher Weise etwa durch die neuorganisierte altsächsische Abteilung der Kunsthalle verkörpert wird, andererseits eben in der Zusammenstellung von Sonderausstellungen, in denen jeweils besondere Kunstperioden, Kunstgebiete oder Kunstströmungen zur Anschauung gebracht werden. Solche Ausstellungen bieten gleichzeitig die im Hinblick auf die Gesamtheit höchst erfreuliche Möglichkeit, Werke des Privatbesitzes in Form von kürzer oder länger befristeten Leihgaben einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Kunstmuseum wird dadurch zu einer von allen Seiten freudig zu begrüßenden Sammelstätte.

Die Karlsruhe Kunsthalle scheint in dieser Beziehung auf dem besten Wege zu sein. Mit großer Geschicklichkeit hat Direktor Stord die Pause benützt, die infolge hoffentlich nur vorübergehender Erschöpfung der Geldmittel in der Neuordnung der gesamten Galerie eintreten mußte, Bestimmte, noch nicht der Neuordnung unterzogene Teile der Sammlung, trotzdem in Form einer Ausstellung sichtbar zu machen. Mit einer Reihe wertvoller Leihgaben aus Privatbesitz hat er Lücken, die in der Natur der Sammlung liegen, geschlossen; gleichzeitig zeigt er die ersten Resultate einer außerst erfolgreichen Erwerbungsstätigkeit, die in erster Linie darnach zu streben scheint, die in der Darstellung der badischen Malerei lassenden Lücken zu schließen. Daß auf diesem Gebiet noch viel geschehen kann, weiß jeder, und es ist besonders erfreulich zu hören, daß eine Reihe von Besitzern in richtiger Beurteilung der Lage teils durch Stiftungen, teils durch ein gerade heute erfreuliches Entgegenkommen, diese den natürlichen Verhältnissen entsprechenden Sammelpolitik unterstützt haben und hoffentlich weiter unterstützen werden.

Diese Bemerkungen seien vorausgeschickt, um die Öffentlichkeit auf die vielseitigen Aufgaben einer staatlichen Kunsthalle hinzuweisen und zugleich um die Möglichkeit zu zeigen, die eine lebendige Museumsstätigkeit in kultureller Hinsicht bietet. Die Ausstellung selbst, die hoffentlich der Anfang einer ständigen Einrichtung sein wird, zerfällt in verschiedene, in sich geschlossene Teile, die durch den gemeinsamen Begriff religiöser Malerei innerlich verbunden sind. Gleichsam als Appendix bietet sich dann die kleine Abteilung badischer Malerei des 19. Jahrhunderts.

Das Hauptgewicht liegt auf der Abteilung Nazarener. Die Bereicherung gerade dieser Abteilung gewinnt dem Museum gegenüber anderen Instituten eine eigenartige Anziehung, die eine im Beginn des 19. Jahrhunderts erfolgreich begonnene Tradition glücklich weiterführt. Die Malerei dieser Künstler, die vor rund 100 Jahren wirkten, ist lange Zeit als schwächlich untergeschätzt worden, ja ihre Kunst war teilweise völlig verlesen. Es ist merkwürdig, daß gerade der heutigen Zeit — und den heutigen Künstlern, denen so oft ihre fezierende und form-auffällende Tendenz vorgeworfen wird, die Augen für diese Gestaltungsweise aufgehen. Diese Reinheit der formalen Gestaltung besitzt gerade für die Gegenwart eine besondere Aktualität, wie auch die strenge formale Kompositionsweise etwa eines Raffael, den man noch vor kurzem über die Wälder anfang, gerade diejenigen Künstler anzieht, die man eines künstlerischen Radikalismus zeugt. Bezeichnend, daß Borminger, der bekannte Bonner Kunstschriftsteller, auf dessen ästhetische Untersuchungen sich die Expressionisten vielfach stützen, kürzlich in einer programmatischen Abhandlung „Raffael und wir“ eine positive und zukunftsweisende Deutung der Raffaelischen Kunst gegeben hat.

Raffael ist für die Nazarener das nahezu heilig verehrte Vorbild gewesen, ihr Stil leitet sich offensichtlich von der Weise Raffael ab. Ihr Führer ist Overbeck, mit charakteristischen Werken, Malereien, Zeichnungen, Stichen, aus dem Besitz der Kunsthalle ist er in der Ausstellung vertreten. Als glückliche Ergänzung tritt hinzu die wunderbar zart und harmonisch gemalte Kachel, den Besuch Mariens bei Elisabeth darstellend, eine Neuerschaffung, die von Kennern zu den schönsten und bedeutendsten Nazarenerbildern überhaupt gerechnet wird. Von Overbeck haben die Nazarener alle mehr oder weniger

Regierung und Volkserziehung in Baden dürfen es sich als besonderes Verdienst anrechnen, die Bedeutung dieses Landes rechtzeitig erkannt und die Jugendberufshilfe in großzügiger Weise gefördert zu haben. Die Schaffung von Berufsbildungsstellen namentlich war eine vorbildliche Tat, die schon heute reichen Segen gestiftet hat.

Wie umfangreich die Jugendberufshilfe in unserem Lande bereits jetzt ist, erhellt aus dem dieser Tage von uns veröffentlichten amtlichen Zahlenmaterial, demzufolge im Jahre 1920 mehr als 140000 badischen Kinder im Rahmen der hierfür geschaffenen Organisationen — Verein Landaufenthalt für Stadtkinder G. B. Berlin (Landeszentrale im badischen Arbeitsministerium) und Zentralstelle der Schweizerfürsorge für deutsche Kinder in Halle a. S. — Erholungsfürsorge gewährt werden konnte, davon 5000 allein auf dem Heuberg.

Städtische Jugendämter, Schulärzte, der Badische Caritasverband und der Landesverein für Innere Mission haben sich durch die Auswahl der Kinder bewährt, der Pflegefamilien um das Hilfswort in hohem Maße verdient gemacht. Der Landtag hatte dem Arbeitsministerium 1 Million Mark bewilligt, die jetzt in Aufschüssen auf Grund der nachgewiesenen Verpflegung verteilt wird. Den Städten und Verbänden, die zum Teil selber Kolonien und Heime unterhalten, stehen durch namhafte Zuschüsse zu ihren Aufwendungen wirksame Unterstützung dürfte das Hilfswort auch durch die Prämien — fast 100 000 Mark — finden, die der Verein Landaufenthalt für Stadtkinder für Beweise der ländlichen Wohlfahrtspflege in Baden spendet, um das Interesse der ländlichen Kreise an der Aufnahme geschlossener Kolonien oder auch einzelner Kinder zu beleben. Da jedoch die öffentlichen Fürsorge allein auf die Dauer nicht wohl die Gesamtkosten tragen können, ist andererseits sehr mit Recht darauf aufmerksam gemacht worden, daß auch von den Eltern bei der Erholungsfürsorge kommenden Kinder erwartet werden muß, daß sie sich an den entstehenden Kosten beteiligen. Es ist dringend zu wünschen, daß alle, die noch in der Lage sind, dieser Mahnung Folge leisten und sich noch mehr als bisher durch freiwillige Spenden an dem großen, dem ganzen Volke zugutekommenden Hilfswort beteiligen. — f.

Die Mannheimer Indersziffern.

Vom städtischen Preisprüfungsamt Mannheim wird uns geschrieben:

Nach den Erhebungen und Berechnungen von Regierungsrat Dr. Hofmann stellte sich die Mannheimer Generalindersziffer am 1. März d. J. auf 127,96 (Basis Juli 1914 = 100,0); die entsprechende Ziffer betrug am 1. Februar d. J. 136,63. Hiermit hat sich die rückläufige Preisbewegung in den letzten vier Wochen abermals — allerdings in etwas langsamem Tempo — fortgesetzt; der weitere Rückgang des Preisniveaus beläuft sich diesmal auf 5,7 Prozent.

Diese Senkung ist ausschließlich auf die beiden Gruppen Nahrung und Kleidung zurückzuführen; und zwar haben sich die Nahrungsmittelpreise im Durchschnitt um 7,6 Prozent erniedrigt, während die Preise für die Bekleidungsgegenstände durchschnittlich um 3,6 Prozent zurückgegangen sind. Die Gruppen Wohnung und Sonstiges haben sich im Preisstande nicht geändert; dagegen ist in der Gruppe Heizung und Beleuchtung — infolge der Erhöhung der Kohlenpreise — eine Verteuerung um 2,0 Prozent eingetreten.

Vergleicht man die Gruppenindizes miteinander, so ergibt sich, daß die Lebensmittel heute etwa 17 mal so teuer sind, wie im Juli 1914. Die Preise für die Bekleidung sind auf das 12fache, die für Heizung und Beleuchtung auf das 15½fache gestiegen.

Was die Preisentwicklung bei den einzelnen Verbrauchsartikeln anlangt, so ist zunächst festzuhalten, daß dieselbe gleichfalls — wie bei den Gruppen — keine einheitliche ist. Bezüglich der Lebensmittel ist allerdings — sofern man dem Preisstand vom 1. März das Preisniveau am 1. Februar gegenüberstellt — nirgends eine Preissteigerung zu verzeichnen; nicht geändert haben sich die Preise für Brot, Mehl, Milch, Butter, Hammelfleisch, Jüder, Essig, Salz, Kartoffeln, Spinat, rote Rüben, gelbe Rüben usw.; eine Verbilligung ist eingetreten bei den Zwiebeln um 22,2 Prozent, bei Griebenwurst, Leberwurst und bei den Leberkäse um je 16,7 Prozent, bei Schweinefleisch um 15 Prozent, bei Schweinehälften um 14,8 Prozent, bei Rindfleisch um 14,3 Prozent, bei den Erbsen um 13,8 Prozent, bei Kaffee um 8,7 Prozent, bei den Nudeln um 7,7 Prozent, bei Kaffee um 7,1 Prozent, beim Kalbfleisch um 6,7 Prozent, bei Kaffee um 5 Prozent, bei den Eiern um

4,5 Prozent, bei Margarine um 4,4 Proz. usw. Wemerkenswert ist ferner, daß zur Zeit auch die Fische am Preisabbau teilnehmen.

Von Interesse dürfte weiter noch ein Vergleich mit den Friedenspreisen — Juli 1914 — sein. Hiermit löst das Brot heute etwa das 12fache, das Mehl etwa das 10fache, die Milch das 10fache, die Butter etwa das 12fache, das Schweinefleisch etwa das 12fache, das Rindfleisch das 12fache, das Kalbfleisch mehr als das 12fache, das Hammelfleisch das 12fache, die Wurst das 12fache, das bis 12fache, das Schweinefleisch mehr als das 12fache, die Margarine das 12fache, der Jüder etwa das 12fache, der Essig das 12fache, das Salz das 12fache, der Reis mehr als das 12fache, der Kaffee mehr als das 12fache, die Eier etwa 11 mal soviel, die Nudeln 14 mal soviel, usw. Da der Preis für 1 Liter Petroleum um 20 Pfg. auf 7,26 M. stieg, ist heute Petroleum um 325 Prozent teurer als in Friedenszeiten; bei den Kohlen beträgt die Verteuerung 149,8 Prozent, bei Anthrazit 113,1 Prozent, bei Gaslofs 167,9 Prozent und bei den Braunkohlenbreits 143,4 Prozent.

Schließlich sei wiederholt hervorgehoben, daß diese Indersziffern reine Preisindizes sind, die bezüglich der absoluten Kosten der Lebenshaltung keinen Aufschluß geben. Deshalb sei abermals ausdrücklich betont, daß eine etwaige mechanische — automatische (feststehende) Anwendung bei Lohn- und Gehaltsverhandlungen nicht angängig ist. Die Indersziffern zeigen nur die Bewegung der Preise an; bei der tatsächlichen Lohn- und Gehaltsabmessung indessen sind — neben der Preisgestaltung — noch anderelei Erwägungen maßgebend.

Aufgefundenes Geld.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Es wurden aufgefunden im Monat Februar d. J.: am 2. auf dem Bahnhof in Freiburg i. Br. der Betrag von 10 M.; am 11. auf dem Bahnhof Konstanz ein Geldbeutel mit 6,50 M.; auf dem Bahnhof Freiburg i. Br. der Betrag von 20 M.; auf dem Bahnhof Heidelberg eine Geldmappe mit 7,70 M.; am 14. im Zug 961 eine Geldmappe mit 20 M., abgeliefert in Badl i. B.; am 16. im Zug 946 ein Geldbeutel mit 50,50 M., abgeliefert in Mannheim; im Zug 1067 ein Geldbeutel mit 41,50 M., abgeliefert in Bruchsal; auf dem Bahnhof Weil der Betrag eine Geldmappe mit 8 M.; auf dem Bahnhof Karlsruhe der Betrag von 11 M.; auf dem Güterbahnhof Karlsruhe der Betrag von 51 M.; auf dem Bahnhof Sulz der Betrag von 20 M.; auf dem Bahnhof Haffstatt der Betrag von 10 M.; auf dem Bahnhof Durlach der Betrag von 10 M.; am 18. im Zug 1212 eine Geldtasche mit 50 M., abgeliefert in Karlsruhe; am 19. auf dem Bahnhof Karlsruhe ein Geldbündel mit 6,30 M.; im Zug 1297 ein Geldbeutel mit 29,00 M., abgeliefert in Gaggenau; am 20. im Zug 3278 ein Geldbeutel mit 30,75 M., abgeliefert in Badl Bad. Bf.; auf dem Bahnhof Bretten der Betrag von 10 M.; am 21. auf dem Bahnhof Badl Bad. Bf. ein Geldbeutel mit 21,25 M.; auf dem Bahnhof Karlsruhe der Betrag von 20 M.; im Zug D 1 der Betrag von 57 M., abgeliefert in Heidelberg; am 23. auf dem Bahnhof Schutterwald der Betrag von 25 M.; auf dem Bahnhof Heidelberg ein Geldbeutel mit 15,05 M.; am 25. im Zug 1051 der Betrag von 20 M., abgeliefert in Heidelberg; am 26. auf dem Bahnhof Schopfheim ein Geldbeutel mit 5,55 M., abgeliefert in Durrach.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Wie wir erfahren, ist durch eine Verordnung der Interalliierten Rheinlands-Kommission mit sofortiger Wirkung für die besetzten Gebiete einschließlich des Brückenkopfes Mehl bis auf weiteres eine Zensur des gesamten Telegraphen- und Fernsprechverkehrs angeordnet.

Abhaltung von Ziegenzuchtorträgen. Die Landwirtschaftskammer teilt folgendes mit: Von den Seiten der angehörenden Ziegenzuchtgenossenschaften zahlreich vorgelegten Wünschen zur Abhaltung von Vorträgen wurde von der Landwirtschaftskammer in den Monaten Januar und Februar entsprochen. Ingesamt wurden 80 Vorträge abgehalten, die durchschnittlich recht gut besucht waren. Insbesondere waren es die Versammlungen in Dossenheim, Großschäfers, Weinheim, Freudenberg, Schwenningen, Vuchsal, Forstheim, St. Georgen, Furtwangen und Wehr, die von 70 bis zu über 100 Teilnehmern besucht waren. In die Vorträge schlossen sich lebhaftes Ausprechen, die viele Züchterfragen klärten und Schwierigkeiten im Vereinswesen beseitigten. Allerorts

suchen. Rühn gemalte Landschaften des Heidelberger G. W. Schmitt, romantische Naturstudien G. W. Jüdel und Käfers, Porträts von Schlegeler und Dillenberg geben einen Überblick über bisher nahezu unbekannt badische Maler der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Als wahrer Fund aber müssen die beiden neu erworbenen Porträts von Schwind's Meisterhand bezeichnet werden, die ein völlig neues Schaffensgebiet dieses Malers für die Kunstgeschichte gewinnen. Man kann nur wünschen, daß zukünftige Erwerbungen Dr. Störds unter gleich glücklichen Sternen stehen.

In den Räumen des ersten Stodes schließlich ist ein Versuch gemacht, der so seiner prinzipiellen Bedeutung gewiß vielfach Nachahmung finden wird. Die Fenster sind mit farbenprächtigen Glasmalereien aus der Werkstatt des hiesigen Glasmalers Dr. Inneberg völlig verkleidet, so daß die Räume im Licht einer Kirche erscheinen. In dieser feierlichen Stimmung kommen religiöse Malereien des jungen Mannheimer Künstlers Willh. Deser zu stärkster Wirkung. Nach dem offenkundigen Mißrat der letztjährigen Darmstädter Expressionisten-Ausstellung, das im wesentlichen auf Kosten organisatorischer Fehler in der Vorbereitung zu sehen ist, wirken diese völlig in modernem Geist gehaltenen Malereien durch ihre innere Disziplinierung und die ausreiferen schöpferischen Phantasie quellende Gestaltungskraft umso erfreulicher, besonders auch, weil sie der gegenwärtigen religiösen Malerei neue geistige Möglichkeiten weisen. Die scheinbaren Verzerrungen dienen allein zur Steigerung der Ausdruckskraft, und die Zeit wird sich über diese innerlich begründete Kunstform ebenso roch und gründlich beruhigen, wie sie sich über Böllins oder Thomas' Naturbergwäldchen" beruhigt hat. Im Gegensatz zur religiösen "Ausstellungsmalerei" besitzen diese Werke Desers einen tiefen seelischen Gehalt — interessant sind in diesem Zusammenhang die kürzlich im "Badischen Beobachter" erschienenen Ausstellungen der Kunst Desers —, der durch die Intensität seiner bildhaften Verkörperung höchste Resonanz bei den Gläubigen finden wird.

Zum Schluß scheint es wichtig einmal zu sagen, daß gerade diese Ausstellung die von keiner Einsichtigkeit beengte breite Basis der Kunstanschauung des neuen Galerieinstitutors veranschaulicht, und daß sie geeignet ist, auch solchen, die vielleicht noch zweifelhaft abseits standen, diese Zweifel zu zerstreuen und sie voll Vertrauen in die verheißungsvoll begonnene Zukunft der Kunstbestrebungen der Kunststiftung zu lassen, die bereits jetzt weit über die Grenzen Karlsruhes hinaus stimmendes Echo gefunden haben.

wurde von den Züchtern beschlossen, nach dem Überstandenen Seuchsjahre im Frühjahr doppelt rege an die Züchterarbeit heranzutreten und die vielerorts anwesenden Amtsvorstände, Bezirksleiter und Bürgermeisterämter bezw. deren Vertreter stellen ihre Mithilfe unter Betonung der heutigen Bedeutung von milchergleichen Ziegenherden für Bezirke und Gemeinden den Genossenschaften in Aussicht.

Aus der Landeshauptstadt.

Sch. fünf Jahre Kriegsgefangener in Sibirien war das Thema, über das am Dienstag abend im Saale des Friedrichshofes Herr Major von Rippold vor einer zahlreichen Zuhörerschaft sprach. Der Vortrag war von der Ortsgruppe Karlsruhe des deutschen Offizierbundes arrangiert. Herr von Rippold, der früher in Goltseue in Garnison stand, schilderte in beredten Worten die Leiden der Gefangenen in Sibirien, welche er selbst miterlebt hat. Er erzählte, daß die Hälfte davon umkam, daß die Hälfte davon in einem Klima, das nicht das Schicksal der Gefangenen und Seuchen, deren Opfer sie wurden, der Fledermaus forterte sehr der Gefangenen spottete jeder der Gefangenen, die russischen Offiziere und die russischen Soldaten, daß den Gefangenen das bißchen, was sie erzielten, zum Unterhalt verwendet wurde. Die Gefangenen wurden meistens zum Bahnbau verwendet. Im Anschluß hieran schilderte Redner den sibirischen Bauer und betonte, daß das Land die Möglichkeit zu Ansiedlungen biete. Es seien denn auch deutsche Ansiedlungen anzutreffen, die ihr deutsches Wesen beibehalten haben. Der zweite Teil des Vortrages brachte eine Schilderung der russischen Revolution und der heutigen Lage der Bevölkerung Russlands, die außerordentlich trübselig sei, nachdem die Sowjetregierung ihre Versprechungen nicht halten konnte. Die Ausführungen des Redners fanden beifällige Aufnahme.

Für die Erhaltung Oberschlesiens beim Deutschen Reich. Die Handelskammer Karlsruhe konnte der Zweigstelle Baden des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen in Karlsruhe, zu deren Gunsten sie bei Firmen ihres Bezirks eine Spende eingeleitet hatte, rund 33 000 M. zur Verfügung stellen.

Literarische Neuerscheinungen.

Lehrbuch des Schachspiels. Einführung in alle Zweige des Schachspiels von J. Berger. 3. Aufl. (Preis geb. 7 M. Verlag Hoffes Verlag, Berlin W. 15.) — Berger lehrt die Elemente des Spiels in knapper und verständlicher Form; er mutet dem Anfänger nicht zu viel auf einmal zu, bemüht aber jede Gelegenheit, ihm einen Einblick in die Tiefen des Schachs zu gewähren und sein Interesse am Schach gefangen zu nehmen. So führt Berger unmerklich zu den Schwierigkeiten und Problemen des Schachspiels, besonders interessant und originell ist das Kapitel über Fehlerübungen, bis er endlich bei der Besprechung der berühmtesten Meisterpartien und Kompositionen landet. Kurz, das interessante und schön ausgestattete Buch, das sich auch als Geschenkwerk eignet, kann nicht warm genug allen Freunden des Schachspiels und solchen, die es werden wollen, empfohlen werden.

Preis Mauthner: Vaterland und Muttersprache. Bd. 88 der "Zellenbücherei". (Verlag Dürr & Weber, Leipzig.) Ein Thema wird hier in geistvoller Weise behandelt, das in der Zeit des Nationalitätenkampfes hochaktuell ist und dessen Behandlung durch Mauthners großartiger historische Rückblick besonderen Wert gewinnt.

Taschenkalender für Kleingartenbau. 5. Jahrgang. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe, Baden. 3,50 M. — Ein Kleingarten läßt sich nur erfolgreich bewirtschaften bei sorgfamer Führung eines Merk- buches und Berücksichtigung der Erfahrungen, die im Laufe der Kleingartenbauentwicklung sich bewährt haben. Dieser Taschenkalender ist ein wirkliches Lehrbuch, das über die wichtigsten Fragen erschöpfend Auskunft gibt. Aus dem Inhalte: Gemüsepflanzen, Arzneipflanzen, Arbeiten in den einzelnen Monaten, Auspflanzung, Ausfaat an Ort und Stelle ins Freiland, ins Mistbeet, Düngung und Düngungsregister, Einnahme und Ausgaben, Einteilung des Gartens, Ernteregister, Saat-, Düngungs- und Ernteregister, Gemüseschulung, Gemüsehäufigkeit, Kartoffelbau, Küdenkräuter, Die Laube, Pflanzordnung, Tabak im Hausgarten usw. Der Kalender ist jedem Kleingartenbau treibenden angelegentlich zu empfehlen.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 15. Februar d. J. beschlossen, den Gewerbebeschuldigten Heinrich Bosh von Bretten mit Wirkung vom 1. April d. J. zum Gewerbeleiter an der Gewerbeschule in Durlach zu ernennen.

Das Staatsministerium hat unterm 15. Februar d. J. beschlossen, den Gewerbeleiter Ludwig Reutenbach an der Gewerbeschule in Zell i. B. in gleicher Eigenschaft an jene in Donaueschingen zu versetzen.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat unterm 8. November den Oberrheinbahnsekretär Heinrich Wiegler in Durlach als Oberrheinbahnsekretär nach Baden-Baden versetzt.

Die Gewerbelehrerhauptprüfung Frühjahr 1921 bet. Auf Grund der in der Zeit vom 21. bis 26. Februar 1921 abgehaltenen Gewerbelehrerhauptprüfung sind die nachgenannten Kandidaten für bestanden erklärt worden: Bausch, Arthur, von Karlsruhe, Martin, Wilhelm, von Karlsruhe, Schrein, Max, von Karlsruhe, Schumacher, Willh., von Karlsruhe.

Karlsruhe, den 5. März 1921. Ministerium des Kultus und Unterrichts. Der Ministerialdirektor: Schmidt. Probst.

Auf Grund der in der Zeit vom 14.—17. Februar 1921 abgehaltenen Prüfung der Anwärter für den Staatl. Bildungsdienst wurden nachbezeichnete Eidschweiger für die Besetzung des staatlichen Eidschweigerdienstes für befähigt erklärt: Emil Blattmann in Offenburg, Josef Frey in Mannheim, Karl Raul in Karlsruhe und Josef Schwab in Freiburg. Gleichzeitig wurden die Benannten unter Verleihung des Beamtencharakters an außerplanmäßigen Eidschweigern genannt.

Ämtliche Bekanntmachung.

Das polizeiliche Meldewesen betr.

Immer wieder werden die bei der polizeilichen Meldestelle - Hebelstraße 7b - zu erstattenden An- und Abmeldungen zu- oder weggelassener Personen nicht oder nicht rechtzeitig erstattet. Auch werden vielfach An- und Abmeldeformulare betriebl. ungenau ausgefüllt, undeutlich geschrieben und unleserlich unterschrieben, daß deren Richtigkeit und Ergänzung nur mit Weiterungen und Zeitverlust sowohl für die Beteiligten, wie auch für die Beamten der Meldestelle verbunden ist.

Wir machen daher auf die genaue Beachtung der An- und Abmeldepflicht, sowie auf die genaue Ausfüllung der An- und Abmeldeformulare, die auf der polizeilichen Meldestelle, sowie auf sämtlichen Polizeistationen unentgeltlich erhältlich sind und vom Melder (Wermieter), sowie dem Gemeldeten (Mietler) mit deutlicher Unterschrift zu versehen sind, aufmerksam.

Karlsruhe, den 1. März 1921.

Bad. Bezirksamt - Polizeidirektion. O. 3.34

Sonntag, den 13. März 1921:
Landestheater. | Konzerthaus.
Undine | Altheidelberg
 7 bis 10 Uhr. Mk. 20.- | 7 bis 10 Uhr. Mk. 11.-

Mittwoch
 16. März, 7.15 Uhr abends, Eintracht
Lieder- und Arien-Abend
Rosel Landwehr | Julius Müller
 (Sopran) (Tenor)
 Am Flügel: Theodor Munz, Musikdirektor.
 Lieder von Wagner und Strauß, Arien aus „Aida“ und „Margarete“, Duett aus „Carmen“, Karten zu 9.60, 7.20, 4.80 u. 4.60 (einschl. Steuer) bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Dresdner Bank
 Eingezahltes Kapital: 260 Millionen M.
 Rückstellungen: 80 Millionen M. :-
 Niederlassungen in Baden:
Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz
 Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-
 3. 889

Schulranzen
Kollegmappen
Aktenmappen
Musikmappen
 sowie sämtliche Reise-Artikel und Lederwaren empfiehlt
B. Klotter Nachf.
 G. Dischinger, Karlsruhe.
 Kronenstraße 25
 Telefon 2618

Für Baugeschäfte, Baugenossenschaften und Baubehörden!

Schutz der bei Bauten beschäftigten Personen gegen Berufsgefahren
 nach Verordnung des Bad. Ministeriums des Innern und des Bad. Ministeriums für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen vom 26. März 1919, veröffentlicht 31. Mai 1919 (Wortlaut des Gesetzes)
 Umfang 64 Seiten. :: Preis in Umschlag, zum Aufhängen hergerichtet . . . 1.80

§ 3 der Verordnung bestimmt, daß auf jedem Neubau und größerem Umbau, in jeder Werkstätte und auf jedem Werkplatze an einer dem Versicherten leicht zugänglichen und belichteten Stelle ein Abdruck dieser Verordnung ausgehängt u. gut lesbar erhalten wird.
G. Braunische Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe
 Karlsruhniedstr. 14

Konfirmation-, Kommunion- und Oster-Geschenke

für Knaben und Mädchen in großer Auswahl und in allen Preislagen

- | | |
|--------------------------|---------------------------------|
| Schmuck, echt und unecht | Cigarren- und Cigaretten-Etuis, |
| Bonbonnieren | Notizbücher |
| Manschettenknöpfe | Tage-, Poesiebücher |
| Krawattennadeln | Schreibzeuge |
| Schmuckkasten | Schreibzeuggarnituren |
| Nähkasten | Taschenmesser |
| Handschuhkasten | Schirme und Stöcke |
| Schreibmappen | Reisecessaires |
| Brieftaschen | Manicure |
| Geldbeutel | Bürstengarnituren |
| Visitenkartentaschen | Toiletteartikel und |
| Handtäschchen | Parfümerien usw. |
| Gürtel | |

Friedrich Bloss
 Kaiserstraße 104 | Ecke Herrenstraße

Neueste Schnittmuster-Album: „Für gut sitzende Schneiderei“

Anerkennungen aus der Zuschneideschule von **Johanna Weber, Hirschstraße 28:**
 Wir Unterzeichnete haben an dem einwöchentlichen Zuschneidekursus bei Fräulein Weber teilgenommen. Wir fühlen uns verpflichtet, Fräulein Weber unseren besten Dank auszusprechen für das von ihr selbst entworfene und gezeichnete Zuschneide-System, welches in seiner klaren Ausführung sehr praktisch und reichhaltig ist. Wir werden stets bemüht sein, dasselbe überall auf das Beste zu empfehlen.
 Elisabeth Hammerschlag, Mina Emig, Maria Bohler, Emma Seitz, Anna Gabler, Schwester Käthe Schlicher, Emma Stähle.
 Jeden Montag beginnt ein neuer Zuschneide-Kursus.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Hierdurch teile ich einer verehrlichen Einwohnerschaft mit, daß ich **Adlerstraße 22** (zwischen Kaiserstraße u. Lidelplatz) ein **Kolonialwaren- u. Feinkostgeschäft** eröffnet habe.
 Durch gute Geschäftsverbindungen und langjährige Tätigkeit in nur ersten Häusern des Faches, bin ich in der Lage, meine Kundschaft stets mit bester und preiswerter Ware zu bedienen.
 Um geneigten Zuspruch bittend, zeichne
 Hochachtungsvoll
Richard Schneider.

- Ich empfehle:
- | | | |
|--|-------|-------------------|
| Prima Schweineschmalz | Pfd. | 12.50 |
| Estel und Palmia | Pfd. | 12.00 |
| Feinste Tafelmargarine | Pfd. | 10.50 13.50 |
| Prima Speisöl | Liter | 18.50 |
| Prima Salatöl | Liter | 19.50 |
| Corned-Beef, engl. Pfunddose | | 7.25 |
| Corned-Beef, im Ausschnitt | Pfd. | 2.50 |
| Prima Vollreis | Pfd. | 3.00 3.50 |
| la. Makkaroni | Pfd. | 8.50 |
| Kaffee, gebrannt | Pfd. | 19.50 22.00 25.00 |
| Dosenmilch, gezuckert Dose 6.50 7.50 10.50 | | |
| Dosenmilch, ungezuckert | Dose | 8.50 |
- Prima Käse und Wurstwaren** zu billigsten Tagespreisen.
Richard Schneider,
 Kolonialwaren und Feinkost
Adlerstraße 22.

Konfirmationsgeschenke in Gold- und Silberwaren
 Eßbestecke Kaffeeelöffel
 empfiehlt
Christ. Fränkle, Goldschmied,
 Karlsruhe, Kaiserpassage.

Flügel und Pianos von **Bechstein**, **Büchner**, **Grotrian**, **Steinweg**, **Thürmer** sowie **Mannborg-Harmoniums** empfiehlt der Alleinvertreter **L. Schweisgut** Karlsruhe Erbprinzenstraße 4.

Haarpfänger werden zur Reparatur angenommen. Und empfehle gleichzeitig große Auswahl in **Haarpfängern, Haarbürsten und Haarschneidern**.
Seiffenhaus Wenz Kaiserstraße 241.

Kunstgewerbler guter Delmaler für Spezialartikel sofort gesucht. 3.995
Kunstgew. Werkstätte Lehner & Grimm Wüdingen.

Bekanntmachung. Aus der **Deborah Langendach-Stiftung** ist eine **Heiratsaussteuer** im Betrage von **1028.37 M.** an eine **Verwandte** der Stifterin zu vergeben. Etwaige Bewerbungen sind unter Nachweis des Grades der Verwandtschaft mit der Stifterin nebst dem Geburts- und Lebenszeugnis bis **1. Juni d. J.** anbei einzureichen.
 Mannheim, 11. März 1921
Die Stiftungs-verrechnung, Kurgweil.

Kaffee Mozart
 Tel. 664. Ecke Kaiser- und Kronenstraße
Erstkl. Familien-Kaffee
 Täglich ab 4 Uhr: **Künstler-Konzerte**
EUGEN KISTNER

Warten Sie nicht, bis Sie kahl sind, jeder Haarausfall
 individuell behandelt, läßt sich nach u. wird das Haar wieder voller u. dicht.
I. Haarpflege-Spezialgeschäft
 Karlsruhniedstr. 25 **J. Heppes** Telefon 2878

Große Sendungen in Kinder- und Klappwagen
 eingetroffen und empfehle solche zu sehr billigen Preisen
J. HESS, Kaiserstraße 123

Kaufe und verkaufe
 fortwährend getragene Herren- u. Damenbekleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren, Reisezeuge, Ferngläser, Musikinstrumente, Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art, Nähmasch., Kinderwagen usw. Geff. Angeb. erb.
Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft, Tel. 3747
52 Kronenstr. 52.

Ausgewählte Lese- stücke zum Studium der politischen Oekonomie.
 Herausgegeben von **Karl Diehl** und **Paul Roubert**, Universitätsprofessoren in Freiburg
 Band I: Lehre vom Geld, I. Teil.
 II: Der Arbeitslohn.
 III: Von der Grundrente.
 IV: Wert und Preis, I. Teil.
 V: Wert und Preis, II. Teil.
 VI: Bevölkerungslehre.
 VII: Wirtschaftskrisen.
 VIII: Kapitalgins und Unternehmergewinn.
 IX: Freihandel u. Schutzzoll.
 X: Zur Lehre vom Geld, II. Teil.
 XI, XII: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus.
 Alle fremdsprachlichen Teile sind ins Deutsche überf. Zum Selbststudium für Beamte, Kaufleute, Gewerkschaftsbeamte, Politiker. Ausführl. Druckfächer kostenlos!
 Zu beziehen durch jede Buchhandlung und vom Verlag der G. Braunischen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Verchiedene Bekanntmachungen.
Ruhholz-Verkauf. Das Forstamt Ottenhöfen (Walden) verkauft aus der Gaud 800 Jm. Kiefernholz und Abfälle. Ausführliche Ageral und Rendental. Schriftliche Angebote in Prozenten der Grundpreise zum 23. März 1921, vormittags 9 Uhr, erbeten. B. 308

Papierholzverkauf. Das staatl. Forstamt Schopfheim verkauft freihändig aus Staatswaldungen: Papierholz entrinde! Ster 39 I (über 14 cm.), 147 II (10-14), 45 III (7-10 cm.), mit Rinde Ster 37 I, 34 II, 22 III. Buchennugrollen 41 Ster. Schriftliche Angebote (Kassenweise) bis Samstag, 19. März erbeten. Zuschlagsfrist 14 Tage. Vorzeiger: Forstwart Jost, Hesel; Oswald, Waidbach; Trejzer, Tegernau.

Bürgerl. Rechtspflege
2. Streitige Gerichtsbarkeit.
 B. 310. Offenburg. Die für den Musiker Paul Peter Reinhard aus Schlier, zur Zeit an unbekanntem Ort abwesend, geleistete Sicherheit soll der Staatskasse gegenüber stüchtig gegangen sein, für verfallen erklärt werden. Der Abwesende wird zur Erklärung aufgefordert. Offenburg, 10. März 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Deutsch-Schwedischer Güterverkehr. Am 1. April 1921 werden ausgeben: Nachtrag II zum Deutsch-Schwedisch-Norwegischen Gütertarif, Teil II. Nachtrag VII zum Deutsch-Dänischen Gütertarif, Teil II. Die Druckfächer können bis zum 10. März 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem hiesigen Amtsge-